

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/059(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 24.09.2018	Ratssaal	16:00Uhr	18:56Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
 - 6.1 Nachrüstung von Schutzabdeckungen für die Leuchten im Grünzug zwischen der Harsdorfer Straße und dem Rotkehlchenweg
SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 19.10.2017 A0138/17
 - 6.1.1 Nachrüstung von Schutzabdeckungen für die Leuchten im Grünzug zwischen der Harsdorfer Straße und dem Rotkehlchenweg S0299/17
 - 6.2 Sichtbarmachung der Ruhestätte von Otto von Guericke
Fraktion CDU/FDP/BfM
WV v. 05.04.2018 A0166/17
 - 6.2.1 Sichtbarmachung der Ruhestätte von Otto von Guericke
Fraktion CDU/FDP/BfM
WV 05.04.2018 A0166/17/1
 - 6.2.1.1 Sichtbarmachung der Ruhestätte von Otto von Guericke
SPD-Stadtratsfraktion A0166/17/1/1

6.2.2	Sichtbarmachung der Ruhestätte von Otto von Guericke Fraktion DIE LINKE/future! WV v. 05.04.2018	A0166/17/2
6.2.3	Sichtbarmachung der Ruhestätte von Otto von Guericke	S0336/17
6.3	Umbenennung eines Teilabschnitts der Friedrich-List-Straße in Gustav-Ricker-Straße Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei DIE LINKE/future! - Stadträtin Zimmer Fraktion CDU/FDP/BfM - Stadtrat Frank Schuster WV v. 26.02.2018	A0010/18
6.3.1	Umbenennung eines Teilabschnitts der Friedrich-List-Straße in Gustav-Ricker-Straße	S0118/18
6.4	Ehrung und würdige Erinnerung an Schalenbau-Architekt Ulrich Müther Stadtrat Müller - Fraktion DIE LINKE/future! WV v. 26.02.2018	A0018/18
6.4.1	Ehrung und würdige Erinnerung an Schalenbau-Architekt Ulrich Müther	S0122/18
6.5	Tarifmoratorium Fraktion DIE LINKE/future! WV v. 22.02.2018	A0021/18
6.6	Wettbewerb städtebauliches Gesamtkonzept Hasselbachplatz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 05.04.2018	A0026/18
6.6.1	Wettbewerb städtebauliches Gesamtkonzept Hasselbachplatz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0026/18/1
6.6.2	Wettbewerb städtebauliches Gesamtkonzept Hasselbachplatz	S0114/18
6.7	Neubeschaffung von ortsveränderlichen Arbeitsgeräten Fraktion CDU/FDP/BfM WV v. 05.04.2018	A0027/18
6.7.1	Neubeschaffung von ortsveränderlichen Arbeitsgeräten	S0103/18
6.8	Fortführung und Instandsetzung des Glacis-Radweges SPD-Stadtratsfraktion WV v. 05.04.2018	A0028/18

6.8.1	Fortführung und Instandsetzung des Glacis-Radweges Ausschuss StBV	A0028/18/1
6.8.2	Fortführung und Instandsetzung des Glacis-Radweges	S0151/18
6.9	Schaffung weiterer Kinder- und Jugendeinrichtungen Fraktion Magdeburger Gartenpartei WV v. 05.04.2018	A0033/18
6.9.1	Schaffung weiterer Kinder- und Jugendeinrichtungen	S0124/18
6.10	Sozialticket Fraktion DIE LINKE/future! Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 05.04.2018	A0034/18
6.10.1	Sozialticket SPD-Stadtratsfraktion	A0034/18/1
6.10.2	Sozialticket	S0120/18
6.11	Maßnahmeplan zum kommunalen und sozialen Wohnungsbau Fraktion DIE LINKE/future! WV v. 05.04.2018	A0036/18
6.11.1	Maßnahmeplan zum kommunalen und sozialen Wohnungsbau	S0113/18
6.12	E-Ladesäulen für Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 03.05.2018	A0044/18
6.12.1	E-Ladesäulen für Magdeburg Ausschuss für Umwelt und Energie	A0044/18/1
6.12.1. 1	E-Ladesäulen für Magdeburg Fraktion CDU/FDP/BfM	A0044/18/1/1
6.12.1. 2	E-Ladesäulen für Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0044/18/1/2
6.12.2	E-Ladesäulen für Magdeburg	S0160/18
6.13	Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs und der Buslinie 73 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 03.05.2018	A0048/18

6.13.1	Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs und der Buslinie 73	S0154/18
6.14	ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Magdeburger Gartenpartei WV v. 03.05.2018	A0051/18
6.14.1	ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg DIE LINKE/future!	A0051/18/1
6.14.2	ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg	S0153/18
6.15	Übertragung des KJH Next Generation Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 14.06.2018	A0060/18
6.15.1	Übertragung des KJH Next Generation SR Jannack Fraktion DIE LINKE/future!	A0060/18/1
6.15.2	Übertragung des KJH Next Generation	S0169/18
6.16	Diskriminierende Werbung im öffentlichen Verkehrsraum Fraktion DIE LINKE/future! WV v. 14.06.2018	A0068/18
6.16.1	Diskriminierende Werbung im öffentlichen Verkehrsraum	S0191/18
6.17	Allseitige barrierefreie Erschließung der MVB-Haltestelle Westringbrücke prüfen Fraktion DIE LINKE/future! WV v. 14.06.2018	A0078/18
6.17.1	Allseitige barrierefreie Erschließung der MVB-Haltestelle Westringbrücke prüfen SPD-Stadtratsfraktion	A0078/18/1
6.17.2	Allseitige barrierefreie Erschließung der MVB-Haltestelle Westringbrücke prüfen	S0201/18

Neuanträge

6.18	Sanierung der Gedenkstelle des KZ-Außenlagers Ravensbrück SPD-Stadtratsfraktion	A0107/18
6.19	Benennung in Döppler-Mühlen-Platz Fraktion CDU/FDP/BfM	A0109/18
6.20	Alte Elbe Fraktion CDU/FDP/BfM	A0119/18
6.21	Perspektiven für urbanes Grün - unsere Antwort auf die Hitzezeit Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0112/18
6.22	Änderung der Präsentation der Gemeinwesenarbeitsgruppen im Rathaus Fraktion DIE LINKE/future!	A0120/18
6.23	Parkmöglichkeiten für die Freiwillige Feuerwehr Südost SR Jannack Fraktion DIE LINKE/future!	A0121/18
6.24	Salbker See SR Jannack Fraktion DIE LINKE/future!	A0122/18
6.25	Aufnahme des Stadtteils Alt-Olvenstedt in ein stadtteilbezogenes Förderprogramm SR Häusler und SR Hausmann	A0105/18
6.26	Bessere Stromversorgung im Ravelin II SPD-Stadtratsfraktion	A0106/18
6.27	Verlängerung des Tempo-30-Bereichs am Klusdamm Magdeburg Fraktion CDU/FDP/BfM und SPD-Stadtratsfraktion	A0108/18
6.27.1	Verlängerung des Tempo-30-Bereichs am Klusdamm Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0108/18/1
6.27.2	Verlängerung des Tempo-30-Bereichs am Klusdamm Magdeburg Fraktion DIE LINKE/future!	A0108/18/2
6.28	Bau eines Gebäudes für die Leitstelle und Rettungsdienst für die Feuerwache Nord Fraktion CDU/FDP/BfM	A0110/18
6.29	Einbau einer Klimaanlage in die Fahrbibliothek Fraktion CDU/FDP/BfM	A0111/18
6.30	Nachtmanager*in für Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0113/18
6.31	Wartehäuschen Fraktion CDU/FDP/BfM	A0114/18

6.32	Minigruppen-Tageskarte marego Fraktion CDU/FDP/BfM	A0115/18
6.33	Flächen für Baumpflanzungen für den Klimaschutz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0116/18
6.34	Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben Fraktion CDU/FDP/BfM	A0117/18
6.35	Schulwegsicherung Fraktion CDU/FDP/BfM	A0118/18
6.36	Umsetzung provisorische barrierefreie Straßenbahnhaltestellen Westfriedhof und Arndtstraße SPD-Stadtratsfraktion	A0123/18
6.37	Schulwegsicherung Scharnhorsting und Olvenstedter Chaussee SR`n Nowotny und SR Hausmann	A0124/18
6.38	Mach mit, Sauberes Elbufer Fraktion Magdeburger Gartenpartei	A0125/18

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann eröffnet die 59.(VI) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	34	“	“
maximal anwesend	44	“	“
entschuldigt	11	“	“
unentschuldigt	2	“	“

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 6.1. Nachrüstung von Schutzabdeckungen für die Leuchten im Grünzug zwischen der Harsdorfer Straße und dem Rotkehlchenweg A0138/17
- SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 19.10.2017
-

Der BA SFM und der Ausschuss StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0138/17 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2101-059(VI)18

Die vom Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe errichteten Leuchten entlang des Grünzuges zwischen der Harsdorfer Straße und dem Rotkehlchenweg werden mit Schutzabdeckungen nachgerüstet, um die von ihnen ausgehende Blendwirkung für anliegende Wohnhäuser zu vermeiden.

- 6.2. Sichtbarmachung der Ruhestätte von Otto von Guericke A0166/17
- Fraktion CDU/FDP/BfM
WV v. 05.04.2018
-

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Brestrich, Fraktion CDU/FDP/BfM, bringt den Änderungsantrag A0166/17/1, der den Ursprungsantrag A0166/17 ersetzt, ein

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0166/17/1/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag A0166/17/2 ein und gibt eine Modifizierung bekannt. (In der ersten Zeile ist: September 2018 durch **Frühjahr 2019** zu ersetzen.)

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses K informiert er über die in der Diskussion noch bestehenden Differenzen.

Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, erläutert die Zielstellung des vorliegenden Änderungsantrages A0166/17/1. Sie argumentiert im Weiteren gegen die Annahme des Änderungsantrages A0166/17/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion und bittet darum, diesen abzulehnen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag A0166/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM und lehnt den Änderungsantrag A0166/17/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion ab.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler begründet nochmals die Zielstellung des vorliegenden Änderungsantrages A0166/17/1/1.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller spricht sich ebenfalls für die Ablehnung des Änderungsantrages A0166/17/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion aus. Er merkt weiter an, dass die Gedenkstätte in der Johanniskirche nicht mehr zeitgemäß und auch nicht barrierefrei ist. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Änderungsantrag A0166/17/2 seiner Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei Stadtrat Theile unterstützt den Änderungsantrag A0166/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM.

Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM, bringt eine Modifizierung zum Punkt 3 des Änderungsantrages A0166/17/1 ein. (In der zweiten Zeile ist zu streichen: in der Ruhestätte der Familie Alemann-Guericke erneut bestattet und...)

Stadtrat Kräuter, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich dafür aus, die Grabstätte dort zu belassen, wo sie jetzt ist.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag A0166/17/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion –

Der Änderungsantrag A0166/17/1 wird wie folgt geändert (**fett und kursiv**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, die Suche nach Spuren Otto von Guerickes, dem größten Sohn Magdeburgs, zu forcieren und Ergebnisse der Suche zeitgemäß zu vermitteln. In diesem Zusammenhang ist die Gedächtnisstätte Otto v. Guerickes entsprechend seiner Stellung in der Stadtgeschichte Magdeburgs zu ertüchtigen. **Das setzt als Basis eine gründliche wissenschaftliche Aufarbeitung voraus, die bisher nicht erfolgt ist.**
2. Um die Suche nach Spuren Otto von Guerickes zu unterstützen, sind geeignete Wege bspw. im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu untersuchen, **die auch Finanzierungsmöglichkeiten für DNA-Untersuchungen die die Kosten für DNA-Untersuchungen benennt und die der** vorliegenden Knochenfunde einschließt. **Des Weiteren ist in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt zu klären, welcher Aufwand mit der Suche verbunden ist.**
- ~~3. Im Erfolgsfall der DNA-Untersuchungen sollten Funde der Gebeine Otto v. Guerickes in würdiger Form in der Ruhestätte der Familie Alemann-Guericke erneut bestattet und in geeigneter Form den Bürgerinnen und Bürgern in der Johanniskirche zugänglich gemacht werden.~~

wird abgelehnt.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag A0166/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, die Suche nach Spuren Otto von Guericke, dem größten Sohn Magdeburgs, zu forcieren und Ergebnisse der Suche zeitgemäß zu vermitteln. In diesem Zusammenhang ist die Gedächtnisstätte Otto v. Guericke entsprechend seiner Stellung in der Stadtgeschichte Magdeburgs zu ertüchtigen.
2. Um die Suche nach Spuren Otto von Guericke zu unterstützen, sind geeignete Wege bspw. im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu untersuchen, die auch Finanzierungsmöglichkeiten für DNA-Untersuchungen der vorliegenden Knochenfunde einschließt.
3. Im Erfolgsfall der DNA-Untersuchungen sollten Funde der Gebeine Otto v. Guericke in würdiger Form und in geeigneter Form den Bürgerinnen und Bürgern in der Johanniskirche zugänglich gemacht werden.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag A0166/17/2 der Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird bis Frühjahr 2019 beauftragt zu prüfen, in welchem ideellen und finanziellen Rahmen die Landeshauptstadt Magdeburg bei der weiteren Erforschung des Verbleibs der Gebeine Otto von Guericke durch die Otto-von-Guericke-Gesellschaft (und im Kontext bestehender Kooperationsvereinbarungen mit der Otto-von-Guericke-Universität) helfen kann.

Zudem soll sich der Oberbürgermeister dafür einsetzen, dass das Land Sachsen-Anhalt mittels DNA-Analysen klärt, ob sich die Gebeine Guericke unter den menschlichen Überresten befinden, welche in der Johanniskirche geborgen worden sind und nun im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie in Halle eingelagert sind.

Gemäß Antrag A0166/17 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2102-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, die Suche nach Spuren Otto von Guericke, dem größten Sohn Magdeburgs, zu forcieren und Ergebnisse der Suche zeitgemäß zu vermitteln. In diesem Zusammenhang ist die Gedächtnisstätte Otto

- v. Guericke entsprechend seiner Stellung in der Stadtgeschichte Magdeburgs zu ertüchtigen.
2. Um die Suche nach Spuren Otto von Guericke zu unterstützen, sind geeignete Wege bspw. im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu untersuchen, die auch Finanzierungsmöglichkeiten für DNA-Untersuchungen der vorliegenden Knochenfunde einschließt.
 3. Im Erfolgsfall der DNA-Untersuchungen sollten Funde der Gebeine Otto v. Guericke in würdiger Form und in geeigneter Form den Bürgerinnen und Bürgern in der Johanniskirche zugänglich gemacht werden.
 4. Der Oberbürgermeister wird bis Frühjahr 2019 beauftragt zu prüfen, in welchem ideellen und finanziellen Rahmen die Landeshauptstadt Magdeburg bei der weiteren Erforschung des Verbleibs der Gebeine Otto von Guericke durch die Otto-von-Guericke-Gesellschaft (und im Kontext bestehender Kooperationsvereinbarungen mit der Otto-von-Guericke-Universität) helfen kann.
Zudem soll sich der Oberbürgermeister dafür einsetzen, dass das Land Sachsen-Anhalt mittels DNA-Analysen klärt, ob sich die Gebeine Guericke unter den menschlichen Überresten befinden, welche in der Johanniskirche geborgen worden sind und nun im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie in Halle eingelagert sind.

6.3.	Umbenennung eines Teilabschnitts der Friedrich-List-Straße in Gustav-Ricker-Straße	A0010/18
	Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei DIE LINKE/future! - Stadträtin Zimmer Fraktion CDU/FDP/BfM - Stadtrat Frank Schuster WV v. 26.02.2018	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei Stadtrat Theile teilt mit, dass der vorliegende Antrag A0010/18 auf Vorschlag von ansässigen Unternehmen entstanden ist. Er merkt an, dass er die vorliegende negative Stellungnahme S0118/18 der Verwaltung nicht nachvollziehen kann und dies den Bürgern nicht vermittelbar ist.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Folgen bei einer Änderung der Hausnummern.

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei Stadtrat Theile kann die Argumentation des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nicht nachvollziehen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Jastimmen:

Beschluss-Nr. 2103-059(VI)18

Der Antrag A0010/18 der Fraktion LINKS für Magdeburg, der Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE/future! und des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM –

Der Teilabschnitt der Friedrich-List-Straße ab Kreuzung Gustav-Ricker-Straße/Am Hopfengarten bis zu den Bahngleisen, wird umbenannt in Gustav-Ricker-Straße.

Der Straßenverlauf der derzeitigen Gustav-Ricker-Straße wird demnach zukünftig westlich, unmittelbar vor dem Bahnübergang der Deutschen Bahn AG, enden. –

wird **abgelehnt**.

6.4.	Ehrung und würdige Erinnerung an Schalenbau-Architekt Ulrich Müther	A0018/18
	Stadtrat Müller - Fraktion DIE LINKE/future! WV v. 26.02.2018	

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller begründet die Intention des vorliegenden Antrages A0018/18.

Gemäß Antrag A0018/18 des Stadtrate Müller, Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2104-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit den Angehörigen des international erfolgreichen Schalenbau-Architekten Ulrich Müther (1934-2007) nach Möglichkeiten einer angemessenen Ehrung und Erinnerung in unserer Stadt, bspw. in Form einer Straßenbenennung Raumbenennung in der Hyparschale (Ulrich-Müther-Saal) oder Erinnerungstafel etc. zu suchen und seinen Namen auf die entsprechende Vorschlagsliste zu setzen.

6.5. Tarifratorium
Fraktion DIE LINKE/future!
WV v. 22.02.2018

A0021/18

Die Ausschüsse FG, VW und StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann gibt den Hinweis, dass die vorliegende Stellungnahme S0093/18 nichtöffentlich ist und bei Gesprächsbedarf die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt werden müsste.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future! bringt den Antrag A0021/18 ein und bittet um punktweise Abstimmung.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller, welcher Teil der Stellungnahme S0093/18 nichtöffentlich ist, verweist der Bürgermeister Herr Zimmermann auf den Punkt 5. Er erklärt, dass Protokolle von Gesellschafterversammlungen nichtöffentlich zu behandeln sind.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0021/18 und erklärt, dass damit kein Signal gesetzt, sondern Geld ausgegeben wird.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt zum Antrag A0021/18 der Fraktion DIE LINKE/future! Stellung. Er erklärt, dass seine Fraktion einige Aspekte nachvollziehen kann und begrüßt die Punkte 5 und 6 des Beschlussvorschlages. Stadtrat Assmann begründet die Stimmenenthaltung seiner Fraktion mit dem bestehenden Finanzierungsproblem.

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei Stadtrat Theile führt aus, dass er aus finanz-ökonomischen Gründen den vorliegenden Antrag A0021/18 nicht nachvollziehen kann. Er merkt an, dass er ein Konzept vermisst und sich eine andere Art der Finanzierung wünscht. Stadtrat Theile signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0021/18.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper betont, dass der Stadtrat noch nie über Tarife der MVB GmbH gesprochen hat und diese vom Unternehmen und dem Aufsichtsrat festgelegt werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf zahlreiche Investitionen der Stadt für den Ausbau des Gleisnetzes.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE/future! erläutert nochmals die Zielstellung des Antrages A0021/18.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke merkt an, dass er das Anliegen des Antrages A0021/18 der Fraktion DIE LINKE/future! nachvollziehen kann, aber dieser hier im Stadtrat überflüssig ist. Zum Punkt 6 des Antrages A0021/18 signalisiert er die Zustimmung durch seine Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und erklärt, dass der Aufsichtsrat der MVB GmbH bisher jeder Erhöhung zugestimmt hat. Er vertritt aber den Standpunkt, dass sich in Tariffragen etwas ändern muss.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält das Anliegen des vorliegenden Antrages A0021/18 der Fraktion DIE LINKE/future! für unterstützenswert, aber nicht in allen Punkten für zustimmungswürdig. Er spricht sich dafür aus, geeignete Maßnahmen zu schaffen.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler nimmt zum vorliegenden Antrag A0021/18 Stellung und geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein. Er erklärt, dass das Problem in der Attraktivität des Nahverkehrs liegt und lehnt im Namen seiner Fraktion den Antrag A0021/18 ab.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller begrüßt die hier geführte Diskussion und vermisst aufgrund der konträren Haltung zum vorliegenden Antrag A0021/18 die entsprechenden Änderungsanträge. Er betont, dass der Bürger das Zustandekommen der Preise nicht kennt und bittet darum, die Punkte, die in der Stellungnahme S0093/18 öffentlich sind, auch öffentlich zu machen. Stadtrat Müller erläutert nochmals die Zielstellung des Antrages A0021/18.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Funktion des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann im Aufsichtsrat der MVB GmbH. Er führt weiter aus, dass aus seiner Sicht erst einmal die Basis für die Preisgestaltung, wie der Streckenausbau etc. geschaffen werden muss. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die bestehende Betrauungsvereinbarung.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, dass sich seine Fraktion einen sozial ausgeglichenen Personennahverkehr wünscht.

Nach umfangreicher Diskussion erklärt Stadtrat Reppin, Fraktion CDU/FDP/BfM, gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Es erfolgt die punktwise Abstimmung zum vorliegenden Antrag A0021/18 der Fraktion DIE LINKE/future!.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 8 Jastimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2105-059(VI)18

Der Punkt 1 des Antrages A0021/18 –

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg spricht sich bis auf Weiteres gegen Fahrpreiserhöhungen der MVB GMBH & Co. KG im marego-Verkehrsverbund aus. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2106-059(VI)18

Der Punkt 2 des Antrages A0021/18 –

2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg weist die Mitglieder in der Gesellschafterversammlung der MVB GmbH & Co. KG an, die Geschäftsführung zu beauftragen, bis auf Weiteres keiner Fahrpreiserhöhung im marego-Verkehrsverbund zuzustimmen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2107-059(VI)18

Der Punkt 3 des Antrages A0021/18 –

3. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bittet die Vertreter*innen der Landeshauptstadt Magdeburg im Aufsichtsrat der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG, bis auf Weiteres keiner Fahrpreiserhöhung zuzustimmen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 8 Jastimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2108-059(VI)18

Der Punkt 4 des Antrages A0021/18 –

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Auswirkungen eines Tarifmoratoriums auf die Wirtschaftsplanung der MVB GmbH & Co. KG bzw. den marego.- Verkehrsverbund zu untersuchen. Dabei sind auch etwaige Folgewirkungen auf den Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg - und damit auf die Haushaltsplanungen - darzulegen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 5 des Antrages A0021/18 **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 13 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2109-059(VI)18

5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in den entsprechenden Gremien aktiv auf Landes- und Bundesebene für eine bessere Finanzierung und einen weiteren nachhaltigen Ausbau des ÖPNV einzusetzen.

Gemäß Punkt 6 des Antrages A0021/18 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2110-059(VI)18

6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in den entsprechenden Gremien aktiv auf Landes- und Bundesebene für eine bessere Finanzierung und einen weiteren nachhaltigen Ausbau des ÖPNV einzusetzen.

6.6.	Wettbewerb städtebauliches Gesamtkonzept Hasselbachplatz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 05.04.2018	A0026/18
------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------

Die Ausschüsse KRB und StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0026/18 und den Änderungsantrag A0026/18/1 ein. Er merkt an, dass die Stadt ein positives Image braucht und der Hasselbachplatz vorangebracht werden muss. Er begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0114/18 der Verwaltung und bittet um Zustimmung zum Antrag A0026/18.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, argumentiert im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages A0026/18. Er merkt an, dass man sich auf dem Hasselbachplatz nicht mehr sicher fühlt und dieses Problem nicht städtebaulich zu lösen ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bestätigt aus persönlichen Erfahrungen, dass man sich am Hasselbachplatz nicht mehr wohl fühlt und auch nicht sicher ist. Er verweist auf vorgeschlagene Maßnahmen, wie Alkoholverbot, Videoüberwachung etc. durch die Verwaltung, die von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt wurden. Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass von der Genese her was geändert werden muss und nicht vom städtebaulichen Aspekt. Er stellt unmissverständlich klar, dass der Platz aktuell in Gefahr ist und die ergriffenen Mittel nicht ausreichend sind. Es besteht dringender Handlungsbedarf, ob dort wieder Ordnung und Sicherheit herzustellen.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die gemachten Ausführungen ein und erläutert nochmals die Zielstellung des Antrages A0026/18. Er erklärt, dass seine Fraktion für eine positive Belebung des Hasselbachplatzes ist.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht ergänzende Anmerkungen zur Intention des Antrages A0026/18 und merkt an, dass der Hasselbachplatz bessere Beleuchtung, öffentliche Toiletten und eine Videoüberwachung braucht.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0026/18/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Stadtrat möge nachfolgende Änderungen zum Ursprungsantrag A0026/18 beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Areal Hasselbachplatz einen **städtebaulichen freiraumplanerischen** Wettbewerb nach RPW 2013 erstellen zu lassen.

Zielstellungen des Wettbewerbs sind:

- Steigerung der Wahrnehmung, Qualität und Attraktivität des Platzes als Ausgeh-, Kultur-, Gewerbe-, Wohn- und Aufenthaltsbereich
- Erhöhung der Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit besonders für Kinder, Fußgänger*innen, Senior*innen und beeinträchtigte Personen
- ~~Langfristige Ordnung der baulichen Nutzungen unter dem Ziel der Vereinbarkeit von Wohn-, Gewerbe- und Gastronomienutzung zur~~ Erhaltung **und Stärkung** des besonderen, urbanen Quartierscharakters.
- Ausweitung der Außenflächen für Gastronomie und andere Gewerbe unter Sicherung der Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit für alle Verkehrsformen.

Als Handlungsrahmen für den Wettbewerb zur Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungsplans wird gesetzt:

- Detaillierte Situationsanalyse, Einbettung in die Gesamtstädtische Funktion und Darstellung von Nutzungsansprüchen
- Freiraum und Freiflächengestaltung
- Neuaufteilung und langfristige Ordnung der Nutzung innerhalb der Gebäudekanten
- ~~Langfristige Ordnung der Nutzungen in dem Areal~~

Die Aufgabenstellung ist in einem Workshop mit Anwohner*innen, Nutzer*innen und Stadtbevölkerung zu spezifizieren.

Die Wettbewerbsteilnehmer*innen sollen eine Ideenskizze zur langfristigen Ordnung und Entwicklung des Areals Hasselbachplatzes sowie einen Realisierungsentwurf für einen Ausschnitt in Bezug auf das Ziel der vereinbarten Ausweitung der Außenflächen für Gastronomie und Gewerbe einreichen.

Hassel bezeichnet den Bereich Sternstraße, Hasselbachplatz, Breiter-Weg/Otto-von-Guericke Straße/Bahnhofstraße bis Keplerstraße sowie Leibniz- und Liebigstraße.

Für den Ideenwettbewerb ist zu prüfen, ob Fördermittel aus dem städtebaulichen Denkmalschutz oder anderen Fördertöpfen des Landes genutzt werden können. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, mit 13 Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2111-059(VI)18

Der Antrag A0026/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Areal Hasselbachplatz einen städtebaulichen Wettbewerb nach RPW 2013 erstellen zu lassen.

Zielstellungen des Wettbewerbs sind:

- Steigerung der Wahrnehmung, Qualität und Attraktivität des Platzes als Ausgeh-, Kultur-, Gewerbe-, Wohn- und Aufenthaltsbereich
- Erhöhung der Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit besonders für Kinder, Fußgänger*innen, Senior*innen und beeinträchtigte Personen
- Überprüfung von Angsträumen, Erhöhung des Sicherheitsgefühls durch entsprechende Maßnahmen, z. B. Beleuchtung, Sichtbezüge
- langfristige Ordnung der baulichen Nutzungen unter dem Ziel der Vereinbarkeit von Wohn-, Gewerbe- und Gastronomienutzung zur Erhaltung des besonderen, urbanen Quartierscharakters
- Ausweitung der Außenflächen für Gastronomie und andere Gewerbe unter Sicherung der Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit für alle Verkehrsformen

Als Handlungsrahmen für den Wettbewerb zur Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungsplans wird gesetzt:

- detaillierte Situationsanalyse, Einbettung in die gesamtstädtische Funktion und Darstellung von Nutzungsansprüchen
- Freiraum und Freiflächengestaltung
- Neuaufteilung der Nutzung innerhalb der Gebäudekanten
- Langfristige Ordnung der Nutzungen in dem Areal

Die Aufgabenstellung ist in einem Workshop mit Anwohner*innen, Nutzer*innen und Stadtbevölkerung zu spezifizieren.

Die Wettbewerbsteilnehmer*innen sollen eine Ideenskizze zur langfristigen Ordnung und Entwicklung des Areals Hasselbachplatz sowie einen Realisierungsentwurf für einen Ausschnitt in Bezug auf das Ziel der vereinbarten Ausweitung der Außenflächen für Gastronomie und Gewerbe einreichen.

Hassel bezeichnet den Bereich Sternstraße, Hasselbachplatz, Breiter Weg/Otto-von-Guericke Straße/Bahnhofstraße bis Keplerstraße sowie Leibniz- und Liebigstraße.

Für den Ideenwettbewerb ist zu prüfen, ob Fördermittel aus dem städtebaulichen Denkmalschutz oder anderen Fördertöpfen des Landes genutzt werden können. –

wird **abgelehnt**.

- 6.7. Neubeschaffung von ortsveränderlichen Arbeitsgeräten A0027/18
 Fraktion CDU/FDP/BfM
 WV v. 05.04.2018
-

Die Ausschüsse UwE, FG und StBV und der BA SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0027/18 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2112-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass beim Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) Arbeitsgeräte von z. B. Laubblasgeräten, Sauggeräten, Freischneider, Heckenschweren, Motorsensen und Motorsägen usw. als vorwiegend Akkugeräte angeschafft werden. Daneben sollen die Städtischen Bauhöfe eine diesbezügliche Umsetzung auch prüfen.

- 6.8. Fortführung und Instandsetzung des Glacis-Radweges A0028/18
 SPD-Stadtratsfraktion
 WV v. 05.04.2018
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0028/18/1.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0028/18/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die beiden Alternativrouten werden im Rahmen der Machbarkeitsstudie hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit geprüft und bewertet.

Der Antrag lautet somit wie folgt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept zur Fortführung des Glacis-Radweges bis zu Ebendorfer Chaussee/ IKEA zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind folgende mögliche Streckenvarianten zu untersuchen:
Alternative 1:
 Damaschkeplatz – Editharing – Roseggerstraße - Bertha-von-Suttner - Gagernstraße oder Motzstraße - entlang der neuen Straßenbahnstrecke bis zum Neustädter Feld (unter möglicher Einbeziehung der bereits vorhandenen Baustraße) - Othrichstraße - Richtung Fort VI – Floraparkgarten - östlich Florapark bis Ebendorfer Chaussee/ IKEA

Alternative 2:
 Damaschkeplatz – Editharing – Roseggerstraße - Bertha-von-Suttner - Gagernstraße oder Motzstraße - entlang der neuen Straßenbahnstrecke bis zum Lorenzweg –

Lorenzweg – Lerchenwuhne - Fort VI – Floraparkgarten - östlich Florapark bis Ebendorfer Chaussee/ IKEA

2. Auf Grundlage des Beschlusses zur Drucksache DS0283/03 „Radverkehrskonzeption der LHS Magdeburg 2003“ ist die Planung der Maßnahme zur Instandsetzung des Glacis-Radweges im Teilabschnitt der Bertha-von-Suttner-Straße und der Gagernstraße in die Radverkehrsprioritätenliste aufzunehmen.

Die beiden Alternativrouten werden im Rahmen der Machbarkeitsstudie hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit geprüft und bewertet.

Gemäß Antrag A0028/18 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0028/18/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 2113-059(VI)18

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept zur Fortführung des Glacis-Radweges bis zu Ebendorfer Chaussee/ IKEA zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind folgende mögliche Streckenvarianten zu untersuchen:

Alternative 1:

Damaschkeplatz – Editharing – Roseggerstraße - Bertha-von-Suttner - Gagernstraße oder Motzstraße - entlang der neuen Straßenbahnstrecke bis zum Neustädter Feld (unter möglicher Einbeziehung der bereits vorhandenen Baustraße) - Othrichstraße - Richtung Fort VI – Floraparkgarten - östlich Florapark bis Ebendorfer Chaussee/ IKEA

Alternative 2:

Damaschkeplatz – Editharing – Roseggerstraße - Bertha-von-Suttner - Gagernstraße oder Motzstraße - entlang der neuen Straßenbahnstrecke bis zum Lorenzweg – Lorenzweg – Lerchenwuhne - Fort VI – Floraparkgarten - östlich Florapark bis Ebendorfer Chaussee/ IKEA

2. Auf Grundlage des Beschlusses zur Drucksache DS0283/03 „Radverkehrskonzeption der LHS Magdeburg 2003“ ist die Planung der Maßnahme zur Instandsetzung des Glacis-Radweges im Teilabschnitt der Bertha-von-Suttner-Straße und der Gagernstraße in die Radverkehrsprioritätenliste aufzunehmen.

Die beiden Alternativrouten werden im Rahmen der Machbarkeitsstudie hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit geprüft und bewertet.

6.9. Schaffung weiterer Kinder- und Jugendeinrichtungen

A0033/18

Fraktion Magdeburger Gartenpartei
WV v. 05.04.2018

Die Ausschüsse Juhi und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander spricht seine Verwunderung zur vorliegenden Stellungnahme S0214/18 aus.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Schwenke verweist auf die intensive Diskussion und permanenten Aktivitäten in dieser Frage. Er lehnt den Antrag A0033/18 ab.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 2 Jastimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2114-059(VI)18

Der Antrag A003/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei -

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

unter Einbeziehung der Daten aus der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung, der Erhebung einer Bedarfserfassung mittels Statistik über in den Stadtteilen der Landeshauptstadt Magdeburg lebenden Kinder und Jugendlichen, einer Nutzerbefragung in Jugendeinrichtungen und weiteren möglichen beteiligungsorientierten Methoden zu prüfen:

1. ob in der Landeshauptstadt Magdeburg aufgrund des Zuwachses an Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt ausreichend Plätze für alle Alters- und Zielgruppen in städtischen oder städtisch geförderten Kinder- und Jugendeinrichtungen (Jugendzentrum, Jugendtreff, Jugendclub etc.) zur Verfügung stehen, die Plätze in den Kinder- und Jugendeinrichtungen auch zukünftig ausreichend sind oder ob es ratsam wäre, bereits jetzt Anstrengungen vorzunehmen weitere Kinder- und Jugendeinrichtungen in der Landeshauptstadt Magdeburg zu schaffen.
2. welche Angebote, wie Sprachförderung, Hausaufgabenbetreuung u.a. schon heute verstärkt zur Förderung der in der Landeshauptstadt Magdeburg wohnenden Kinder und Jugendlichen erforderlich wären und erweitert werden müssen.
3. die Umsetzung eines online verfügbaren Termin- und Veranstaltungskalenders mit den definierten Angeboten der einzelnen Einrichtungen auf der Seite der Landeshauptstadt Magdeburg möglich und sinnvoll wäre.

Ein detailliertes Konzept zur Umsetzung der Schaffung neuer Kapazität in städtischen oder städtisch geförderten Kinder- und Jugendeinrichtungen ist dem Stadtrat möglichst bis zum 1. Quartal des Jahres 2019 vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

6.10. Sozialticket

A0034/18

Fraktion DIE LINKE/future!
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 05.04.2018

Die Ausschüsse GeSo und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE/future! bringt den Antrag A0034/18 seiner Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0034/18/1 ein und bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0120/18 der Verwaltung als positiv. Er erklärt, dass sie grundsätzlich die Richtung teilen und bittet den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann das Thema im marego-Verbund weiter zu thematisieren.

Eingehend auf die Argumentation des Stadtrates Hempel, Fraktion DIE LINKE/future! führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass in dieser Frage die Zuständigkeit beim Bund liegt und dieser nachbessern muss. Er bittet weiterhin darauf zu achten, bei Zahlungen von Sozialleistungen, den Abstand zwischen Geringverdienern und Sozialhilfeempfängern nicht zu vermengen, da ansonsten Arbeit für wenig Geld immer weniger Sinn macht.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, wer die Ergebnisse mit marego verhandelt. Er geht im weiteren auf die vorliegende Stellungnahme S0120/18 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper teilt mit, dass Vertreter im marego-Verbund der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann ist. Er erläutert im Weiteren das übliche Verfahren.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0034/18/1 der SPD-Stadtratsfraktion, der den Ursprungsantrag A0034/18 ersetzt, mit 14 Ja-, 2 Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2115-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich im Rahmen der nächsten Verhandlungsrunde des marego-Verbundes für eine Verbesserung der Tarifkonditionen für alle Inhaber*innen des Magdeburg-Passes einzusetzen.

6.11. Maßnahmeplan zum kommunalen und sozialen Wohnungsbau A0036/18
 Fraktion DIE LINKE/future!
 WV v. 05.04.2018

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller bringt den Antrag A0036/18 ein und gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (In der ersten Zeile ist „September 2018“ zu streichen und durch „Frühjahr 2019“ zu ersetzen.)

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass diese Frage durch die Stadt sauber analysiert wurde und es in Magdeburg nach wie vor preiswerte Wohnungen gibt. Demzufolge sieht er keinen Bedarf für sozialen Wohnungsbau in Magdeburg. Er erklärt, dass es auch nicht der richtige Weg wäre, mit Steuermitteln dafür zu sorgen, in den großen Metropolen weiteren Wohnraum zu schaffen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 15 Jastimmen:

Beschluss-Nr. 2116-059(VI)18

Der Antrag A0036/18 der Fraktion DIE LINKE/future! –

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis September 2018 gemeinsam mit unserer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Wobau mbH und unter Beteiligung des Stadtplanungsamtes einen Maßnahmeplan für einen geförderten kommunalen und **sozialen** Wohnungsbau in unserer LH Magdeburg aufzustellen.

Dabei ist zudem auch ein gemeinsames Vorgehen mit den Magdeburger Wohnungsbaugenossenschaften sowie die mögliche Auflage von Gemeinschaftsprojekten zur Schaffung von insbes. preiswertem und modernem Wohnraum innenstadtnah für Familien mit Kindern sowie von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum und die Nutzung von staatlichen Förderprogrammen zu prüfen. -

wird **abgelehnt**.

6.12. E-Ladesäulen für Magdeburg A0044/18
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 WV v. 03.05.2018

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0044/18/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0044/18 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Gedlich bringt den Änderungsantrag A0044/18/1 ein und verweist auf die hierzu geführte Diskussion im Ausschuss.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke bringt den Änderungsantrag A0044/18/1/1 ein.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0044/18/1/2 ein und bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0160/18 der Verwaltung als unbefriedigend.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist in diesem Zusammenhang auf das fehlende Parkverbotsschild an den Ladesäulen und merkt an, dass er noch weiteren Bedarf in der Stadt sieht.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teilt mit, dass die Stadt nicht Betreiber der Ladesäulen sein darf und dies im vorliegenden Antrag A0044/18 erkennbar sein muss. Er gibt den Hinweis, dass die Stadt mit der SWM GmbH im Gespräch ist und die Stadt begleitend wirken wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0044/18/1/2 der SPD-Stadtratsfraktion einstimmig:

Der Änderungsantrag A0044/18/1 wird wie folgt geändert (**fett und kursiv**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Förderung von mindestens 20 E-Ladesäulen im Rahmen der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Sachsen-Anhalt“ zu beantragen. Die Standorte der Ladesäulen sind gemeinsam mit dem Netzbetreiber auszuwählen. ~~**Sie sollen insbesondere in Wohngebieten mit hohem Parkdruck im Jahr 2019 installiert werden. Die Auswahl der Standorte der Ladesäulen erfolgt unter Beachtung des Ladeinfrastrukturkonzeptes Sachsen-Anhalt, Beschluss der Landesregierung vom 06.03.2018. Die Installation soll im Jahr 2019 erfolgen.**~~

Gemäß Änderungsantrag A0044/18/1/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge folgende Änderung beschließen (**fett**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Förderung von mindestens 20 E-Ladesäulen im Rahmen der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Sachsen-Anhalt“ zu beantragen. ~~Die Standorte der Ladesäulen sind gemeinsam mit dem Netzbetreiber auszuwählen.~~ **Dazu soll ein Konzept gemeinsam mit Dritten (z. B. mit den Netzbetreibern) erstellt werden.**

Gemäß Änderungsantrag A0044/18/1 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Förderung von mindestens 20 E-Ladesäulen im Rahmen der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Sachsen-Anhalt“ zu beantragen. Die Auswahl der

Standorte der Ladesäulen erfolgt unter Beachtung des Ladeinfrastrukturkonzeptes Sachsen-Anhalt, Beschluss der Landesregierung vom 06.03.2018. Die Installation soll im Jahr 2019 erfolgen.

Dazu soll ein Konzept gemeinsam mit Dritten (z. B. mit den Netzbetreibern) erstellt werden.

Gemäß Antrag A0044/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 2117-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Förderung von mindestens 20 E-Ladesäulen im Rahmen der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Sachsen Anhalt“ zu beantragen. Dazu soll ein Konzept gemeinsam mit Dritten (z. B. mit den Netzbetreibern) erstellt werden. Die Auswahl der Standorte der Ladesäulen erfolgt unter Beachtung des Ladeinfrastrukturkonzeptes Sachsen-Anhalt, Beschluss der Landesregierung vom 06.03.2018. Die Installation soll im Jahr 2019 erfolgen.

6.13.	Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs und der Buslinie 73	A0048/18
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 03.05.2018	

Stadtrat Reppin, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0048/18 ein. Er geht im Weiteren kritisch auf die vorliegende Stellungnahme S0154/18 der Verwaltung ein und bezeichnet diese als nicht zufriedenstellend.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich gegen die Annahme des Antrages A0048/18 aus.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert nochmals die Zielstellung des vorliegenden Antrages A0048/18.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 9 Jastimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2118-059(VI)18

Der Antrag A0048/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Den regelmäßig auftretenden Behinderungen der Straßenbahnlinien 1, 4, 5 und 10 in Richtung Sudenburg wird entgegengewirkt durch eine Abmarkierung des Gleisbereichs auf der Halberstädter Straße zwischen Sudenburger Wuhne und der LSA am Südring.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt diese Maßnahme kurzfristig prüfen zu lassen. Die Ergebnisse sind im Stadtentwicklungsausschuss vorzustellen.

2. Durch das im Zuge der Baustelle der Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee stark gestiegene Verkehrsaufkommen auf der Albert-Vater-Straße und der Walther-Rathenau-Straße kommt es zu regelmäßigen Behinderungen der wichtigen Buslinie 73.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt diese Maßnahme kurzfristig prüfen zu lassen. Die Ergebnisse sind im Stadtentwicklungsausschuss vorzustellen. –

wird **abgelehnt**.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

6.14.	ÖPNV: Anbindung Wanzleber Chaussee / Sicherstellung von Schülertransport bei Um- und Ausbaumaßnahmen an Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg	A0051/18
	Fraktion Magdeburger Gartenpartei WV v. 03.05.2018	

Stadtrat Reppin, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung zum Punkt 1 nicht.
Zum Punkt 2 empfiehlt der Ausschuss BSS die Beschlussfassung.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander bringt den Antrag A0051/18 ein und erklärt, dass er den vorliegenden Änderungsantrag A0051/18/1 der Fraktion DIE LINKE/future! mitträgt. Er bittet um punktweise Abstimmung zum Antrag A0051/18.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag A0051/18/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke teilt mit, dass laut Aussage der GWA keine Anbindung an die Wanzleber Chaussee benötigt wird.

Eingehend auf die Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke merkt Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE/future! an, dass die Aussage der GWA nicht die Meinung aller Bürger vor Ort sein kann.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke macht nochmals klarstellende Ausführungen zum wahrgenommenen Meinungsbild.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0051/18/1 der Fraktion DIE LINKE/future! –

Der Beschlussvorschlag im Punkt 1 wird wie folgt geändert:

1. Der Oberbürgermeister, die Vertreter/innen der Eigentümerin und der Aufsichtsrat der MVB GmbH & Co. KG werden bis Januar 2019 gebeten zu prüfen, inwieweit eine Anbindung der an der Wanzleber Chaussee gelegenen Kleingartenanlage „Volkswohl“ während der Arbeitssaison (April bis Oktober) im Tafelgärtenprojekt der städtischen AQB mbH bspw. durch die Buslinie 53 oder 54 einmal morgens zu Arbeitsbeginn und einmal nachmittags zu Arbeitsende erfolgen kann. –

wird **abgelehnt**.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zum Antrag A0051/18.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 3 Jastimmen:

Beschluss-Nr. 2119-059(VI)18

Der Punkt 1 des Antrages A0051/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei –

1. Der Aufsichtsrat der MVB GmbH und die Vertreter der Eigentümerin werden gebeten zu prüfen, inwieweit eine Anbindung der an der Wanzleber Chaussee gelegenen Kleingartenanlagen während der Vegetationszeit durch die Buslinie 53 oder 54 erfolgen kann und diese Anbindung möglichst zeitnah umzusetzen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 16 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 2120-059/18

Der Punkt 2 des Antrages A0051/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei –

2. Weiterhin werden die Gremien gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass bei Sanierung oder Ausbau von Schulen die Schüler*innen mit geeigneten Maßnahmen sicher und ohne Umwege zum Ausweichstandort befördert werden. –

wird **abgelehnt**.

6.15. Übertragung des KJH Next Generation

A0060/18

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 14.06.2018

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0060/18/1 des Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future!

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris macht erläuternde Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme S0169/18.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Schwenke verweist auf die Diskussion im Ausschuss und erklärt, dass unter der Prämisse, keine Festlegungen zu den Strukturen zu treffen, der vorliegende Antrag A0060/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmungswürdig ist.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0060/18/1 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE/future! mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Bei der nächsten Überarbeitung der Jugendhilfeplanung 2020 ist das Übertragungsinteresse des Trägers Familienhaus Magdeburg gGmbH als Gesprächsgrundlage zu berücksichtigen.

Der Stadtrat **beschließt** mit 17 Ja-, 18 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2121-059(VI)18

Der Antrag A0060/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Beachtung des Änderungsantrages A0060/18/1 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE/future! –

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Übertragung des Kinder- und Jugendhauses (KJH) Next Generation (Standort Rogätzer Straße 21) an den Träger Familienhaus Magdeburg gGmbH in der Kombination mit dem Betrieb des „Familienhaus im Park“ zum Jahreswechsel 2018/19 möglich ist.

Bei der nächsten Überarbeitung der Jugendhilfeplanung 2020 ist das Übertragungsinteresse des Trägers Familienhaus Magdeburg gGmbH als Gesprächsgrundlage zu berücksichtigen. –

wird **abgelehnt**.

- 6.16. Diskriminierende Werbung im öffentlichen Verkehrsraum A0068/18
 Fraktion DIE LINKE/future!
 WV v. 14.06.2018
-

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0068/18 der Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 2122-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, diskriminierende Werbung, insbesondere solche, die gegen die „Grundregeln zur kommerziellen Kommunikation“ des Deutschen Werberates verstößt, im öffentlichen Verkehrsraum zu untersagen und dem Stadtrat eine entsprechende Änderung der Sondernutzungssatzung vorzulegen.

- 6.17. Allseitige barrierefreie Erschließung der MVB-Haltestelle A0078/18
 Westringbrücke prüfen
 Fraktion DIE LINKE/future!
 WV v. 14.06.2018
-

Stadtrat Reppin, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt den Änderungsantrag A0078/18/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller trägt den Änderungsantrag A0078/18/1 der SPD-Stadtratsfraktion mit. Er merkt weiter an, dass die vorliegende Stellungnahme S0201/18 nicht zufriedenstellend ist und erläutert die Intention des vorliegenden Antrages A0078/18.

Gemäß Änderungsantrag A0078/18/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0078/18 ist wie folgt zu ergänzen (**fett und kursiv**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die MVB-Haltestelle *Westringbrücke* optimal barrierefrei erschlossen werden kann, ohne dass weiterhin immense Umwege gerade für ältere Menschen mit Rollatoren bzw. Eltern mit Kinderwagen sowie Menschen mit Behinderungen, die in der Brunnersiedlung wohnhaft sind, entstehen, wie es seit nunmehr über 25 Jahren leider gang und gäbe ist. **Der Oberbürgermeister wird zudem gebeten, Verhandlungen mit dem Eigentümer der Treppenanlage (Ostseite der Westringbrücke in Höhe Brunnerstraße 31c) zur Errichtung eines Fahrstuhls aufzunehmen.**

Der vorhandene Stufenbelag der der Erschließung dienenden Treppe im Bereich der Brunnerstraße ist zudem zu erneuern.

Gemäß Antrag A0078/18 der Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0078/18/1 der SPD-Stadtratsfraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 2123-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die MVB-Haltestelle *Westringbrücke* optimal barrierefrei erschlossen werden kann, ohne dass weiterhin immense Umwege gerade für ältere Menschen mit Rollatoren bzw. Eltern mit Kinderwagen sowie Menschen mit Behinderungen, die in der Brunnersiedlung wohnhaft sind, entstehen, wie es seit nunmehr über 25 Jahren leider gang und gäbe ist. Der Oberbürgermeister wird zudem gebeten, Verhandlungen mit dem Eigentümer der Treppenanlage (Ostseite der Westringbrücke in Höhe Brunnerstraße 31c) zur Errichtung eines Fahrstuhls aufzunehmen.

Der vorhandene Stufenbelag der der Erschließung dienenden Treppe im Bereich der Brunnerstraße ist zudem zu erneuern.

Neuanträge

6.18.	Sanierung der Gedenkstelle des KZ-Außenlagers Ravensbrück	A0107/18
	SPD-Stadtratsfraktion	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0107/18 in die Ausschüsse K, FuG und FG .

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0107/18 wird in die Ausschüsse K, FG und FuG überwiesen.

6.19. Benennung in Döppler-Mühlen-Platz A0109/18
Fraktion CDU/FDP/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0109/18 in die AG Straßennamen – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0109/18 wird in die AG Straßennamen überwiesen.

6.20. Alte Elbe A0119/18
Fraktion CDU/FDP/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0119/18 in die Ausschüsse UwE und StBV – vor, der durch die Fraktion DIE LINKE/future! um den Ausschuss VW ergänzt wird.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0119/18 wird in die Ausschüsse UwE, StBV und VW überwiesen.

6.21. Perspektiven für urbanes Grün - unsere Antwort auf die Hitzezeit A0112/18
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0112/18 in die Ausschüsse UwE, StBV und in den BA SFM – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0112/18 wird in die Ausschüsse UwE, StBV und in den BA SFM überwiesen.

- 6.22. Änderung der Präsentation der Gemeinwesenarbeitsgruppen im Rathaus A0120/18
Fraktion DIE LINKE/future!
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0120/18 in die Ausschüsse VW und KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0120/18 der Fraktion DIE LINKE/future! wird in die Ausschüsse VW und KRB überwiesen.

- 6.23. Parkmöglichkeiten für die Freiwillige Feuerwehr Südost A0121/18
SR Jannack Fraktion DIE LINKE/future!
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0121/18 in die Ausschüsse KRB und FG vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0121/18 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE/future! wird in die Ausschüsse KRB und FG überwiesen.

- 6.24. Salbker See A0122/18
SR Jannack Fraktion DIE LINKE/future!
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0122/18 in die Ausschüsse BSS und UWE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0122/18 des Stadtrates Jannack, Fraktion DIE LINKE/future! wird in die Ausschüsse BSS und UWE überwiesen.

- 6.25. Aufnahme des Stadtteils Alt-Olvenstedt in ein stadtteilbezogenes Förderprogramm A0105/18
SR Häusler und SR Hausmann
-

Gemäß vorliegendem Antrag A0105/18 der Stadträte Häusler, Fraktion CDU/FDP/BfM und Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2124-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob der Stadtteil Alt-Olvenstedt in eines der Förderprogramme – Stadtumbau Ost, Soziale Stadt oder Aktive Stadt- und Ortsteilzentren - für das Programmjahr 2020 aufgenommen werden und die Stadtverwaltung, sofern sie als Baulastträger (Straßen/Radwege) antragsberechtigt ist, auch entsprechende Anträge stellen kann.

- 6.26. Bessere Stromversorgung im Ravelin II A0106/18
SPD-Stadtratsfraktion
-

Gemäß vorliegendem Antrag A0106/18 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2125-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird mit der Prüfung einer ökonomisch und ökologisch sinnvollerer Stromversorgung für das "Spectaculum Magdeburgense" im Ravelin II beauftragt.

Die Prüfung soll eine Machbarkeitsstudie, Kostenübersicht und ggf. verschiedene Varianten für eine ausreichende Stromversorgung über das städtische Netz beinhalten.

- 6.27. Verlängerung des Tempo-30-Bereichs am Klusdamm A0108/18
Magdeburg
Fraktion CDU/FDP/BfM und SPD-Stadtratsfraktion
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen die Änderungsanträge A0108/18/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und A0108/18/2 der Fraktion DIE LINKE/future! vor, die durch den Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Schumann nicht zur Abstimmung gestellt wurden.

Gemäß vorliegendem Antrag A0108/18 der Fraktion CDU/FDP/BfM und der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2126-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob der Tempo-30-Bereich auf dem Klusdamm im Stadtteil Cracau der Landeshauptstadt Magdeburg auf dem Straßenabschnitt zwischen den Kreuzungen Pechauer Straße und Eigene Scholle zu verlängern ist. Der Tempo-30-Bereich soll zwischen 7 und 18 Uhr zeitlich begrenzt sein.

Die vorliegenden Änderungsanträge A0108/18/1 und A0108/18/2 werden in die Prüfung mit einbezogen.

- 6.28. Bau eines Gebäudes für die Leitstelle und Rettungsdienst für die A0110/18
Feuerwache Nord
Fraktion CDU/FDP/BfM
-

Gemäß vorliegendem Antrag A0110/18 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2127-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob auf dem Gelände der Feuerwache Nord in der Peter-Paul-Straße ein zusätzliches Gebäude für die Leitstelle sowie für den Rettungsdienst mit integrierter Fahrzeughalle errichtet werden kann.

6.29. Einbau einer Klimaanlage in die Fahrbibliothek A0111/18
Fraktion CDU/FDP/BfM

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0111/18 in den Ausschuss FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0111/18 wird in den Ausschuss FG überwiesen.

6.30. Nachtmanager*in für Magdeburg A0113/18
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gemäß vorliegendem Antrag A0113/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 2128-059(VI)18

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg wird beauftragt, für die kulturelle Stadtentwicklung die Erfahrung anderer deutscher und europäischer Städte mit einem Nachtmanager*in zu prüfen und dem Stadtrat über deren Intentionen und Erfahrungen damit sowie Anwendbarkeit auf die Probleme im Nachtleben Magdeburgs zu berichten.

6.31. Wartehäuschen A0114/18
Fraktion CDU/FDP/BfM

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0114/18 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0114/18 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.32. Minigruppen-Tageskarte marego A0115/18
Fraktion CDU/FDP/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0115/18 in die Ausschüsse FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0115/18 wird in die Ausschüsse FG und VW überwiesen.

- 6.33. Flächen für Baumpflanzungen für den Klimaschutz A0116/18
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Gemäß vorliegendem Antrag A0116/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2129-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit zur Verbesserung des Stadtklimas und als Schattenspender auf Kinderspielflächen, Schulhöfen, Sportanlagen, aber auch auf Flächen und Grundstücken von städtischen Eigenbetrieben (z.B. KGM, SFM und KKM) und stadteigenen Gesellschaften weitere Bäume neu gepflanzt werden können bzw. als Standort für gespendete Bäume („Mein Baum für Magdeburg“) von Bürger*innen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Ausschuss UwE sowie dem BA SFM vorzulegen und dort über die praktische Umsetzung zu beraten.

- 6.34. Streckenverlängerung der Straßenbahn nach Ottersleben A0117/18
Fraktion CDU/FDP/BfM
-

Stadtrat Reppin, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt gemäß § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE/future! – Überweisung des Antrages A0117718 in die Ausschüsse StBV, VW und UwE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0117/18 wird in die Ausschüsse StBV, VW und UwE überwiesen.

6.35.	Schulwegsicherung	A0118/18
	Fraktion CDU/FDP/BfM	

Gemäß Antrag A0118/18 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2129-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in den Bereichen Olvenstedter Chaussee/Rosengrund, Scharnhorstring Höhe Fußgängerquerung am Parkhaus und an der Straßenbahnhaltestelle „Am Stern“ in beiden Richtungen, das Schild „Gefahrzeichen“ nach Anlage 1 zu § 40 StVO „Achtung-Kinder-Schulweg“ als Schulwegsicherung installiert werden kann.



6.36.	Umsetzung provisorische barrierefreie Straßenbahnhaltestellen Westfriedhof und Arndtstraße	A0123/18
	SPD-Stadtratsfraktion	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0123/18 in die Ausschüsse FG und StBV – vor.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat mit 19 Ja-, 10 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Antrag A0123/18 wird in die Ausschüsse FG und StBV überwiesen.

6.37. Schulwegsicherung Scharnhorsting und Olvenstedter
Chaussee
SR`n Nowotny und SR Hausmann

A0124/18

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0124/18 ein.

Gemäß vorliegendem Antrag A0124/18 des Stadtrates Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion und der Stadträtin Nowotny, Fraktion DIE LINKE/future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2131-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zur Gewährleistung eines sicheren Schulweges am Scharnhorsting in Höhe des Sterncenters sowie auf der Olvenstedter Chaussee in Höhe der Kurve Heinrich-Schmutze-Straße ein zusätzliches und deutlich sichtbares Piktogramm „Kinder“ auf beiden Fahrbanen (jeweils in Fahrtrichtung) aufzutragen, um an diesen neuralgischen Punkten die Schulwegsicherung von Schulkindern zu verbessern.

6.38. Mach mit, Sauberes Elbufer

A0125/18

Fraktion Magdeburger Gartenpartei

Gemäß vorliegendem Antrag A0125/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2132-059(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht:

- bei herrschendem Niedrigwasserpegel gemeinsam mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Magdeburg einmal jährlich die Magdeburger*innen zu einer Aktion zur Säuberung der Elbufer im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg aufzurufen und nötige Utensilien und Abfallsammelbehälter zur Verfügung zu stellen.
- eine ähnlich der von der GESA gGmbH in Wuppertal betreuten Aktion „Sauberes Wupperufer“ ins Leben zu rufen und diese bei der AQB anzugliedern.

Die Vorlage eines entsprechenden Konzeptes für beide Modelle wäre im 1. Quartal 2019 wünschenswert.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Andreas Schumann
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum TOP 6.13 – A0048/18

Anwesend:

Vorsitzende/r

Andreas Schumann

Mitglieder des Gremiums

Hugo Boeck

Tom Assmann

Helga Boeck

Matthias Boxhorn

Thomas Brestrich

Jürgen Canehl

Marko Ehlebe

Timo Gedlich

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Christian Hausmann

René Hempel

Bernd Heynemann

Jens Hitzeroth

Michael Hoffmann

Andrea Hofmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Karsten Köpp

Günther Kräuter

Ronny Kumpf

Dr. Klaus Kutschmann

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Oliver Müller

Andrea Nowotny

Bernd Reppin

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Hubert Salzborn

Chris Scheunchen

Gunter Schindehütte

Carola Schumann

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Birgit Steinmetz

Frank Theile

Barbara Jutta Tietge

Dr. Lutz Trümper

Jacqueline Tybora

Alfred Westphal

Roland Zander

Geschäftsführung

Silke Luther

Abwesend - entschuldigt

Rainer Buller

Gerhard Häusler

Daniel Kraatz

Burkhard Lischka
Steffi Meyer
Jenny Schulz
Reinhard Stern
Oliver A. Wendenkamp
Dr. Thomas Wiebe
Beate Wübbenhorst
Monika Zimmer

Abwesend - unentschuldigt

Sören Ulrich Herbst
Mandy Loskant